

„Kultur ist Kommunikation und schafft Identität“ Interview mit Hans-Joachim Otto, MdB

Hans-Joachim Ottos Lebens- und Arbeitsmotto stammt aus der Feder des berühmtesten Redner Roms, dem Politiker, Anwalt und Philosophen Cicero: „Fange nie an, aufzuhören – höre nie auf, anzufangen“. Seinen vielfältigen Aufgaben als Anwalt und Kulturpolitiker widmet Otto sich denn auch mit nimmermüdem Engagement.

1952 in Heidelberg geboren, studierte er Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Frankfurt am Main, einer Stadt, der er bis heute die Treue hält. Seit 1984 ist er dort Partner einer Rechtsanwaltssozietät mit den Schwerpunkten Wirtschafts-, Medien- und Erbrecht. 1977 trat er in die FDP ein und wurde zum Mitbegründer und ersten Bundesvorsitzenden der Jungen Liberalen von 1980-1983. Von 1982 bis 1988, von 1990 bis 1995 und erneut seit 2005 gehört Otto dem Bundesvorstand der FDP an. Von 1990-1994 und seit 1998 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier war er von 1998 bis 2005 kultur- und medienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestags-Fraktion. Seit November 2005 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages. Im Interview mit dem *freiraum* reflektiert er die Aufgaben und Möglichkeiten einer liberal orientierten Kulturpolitik im Irrgarten der Instanzen.



freiraum: Welche Kulturveranstaltung haben Sie zuletzt besucht?

Hans-Joachim Otto: Ich bin noch immer fasziniert von Katharina Wagners Inszenierung der „Meistersinger“ in Bayreuth.



Hans-Joachim Otto, MdB

Was bedeutet für Sie der Begriff Kultur?

Kultur bedeutet im weitesten Sinne die Gesamtheit aller geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte, die eine Gesellschaft kennzeichnet. Sie manifestiert sich in der jeweiligen Einzigartigkeit und damit aber auch in der Differenz zu anderen Kulturen und Gesellschaften. Kultur hält eine Gesellschaft zusammen. Ihre Bedeutung ist somit die eines Bindeglieds, sie ist Kommunikation und schafft Identität.

Im engeren Sinne verweist der Begriff „Kultur“ aber auch auf die klassischen Künste wie Musik, Theater, Tanz und so weiter. Die Künste sind dabei nur ein kleiner, wenn auch sehr wichtiger Teil der übergeordneten Kategorie Kultur. Sie sind Ausdruck aber auch Quelle von Identität und Kreativität. Zugleich vermögen die Künste, ein Spiegel der Gesellschaft zu sein, sie zu verändern und voranzutreiben. Kunst macht das Un-Erhörte, Nicht-Gesagte, das Un-Denkbar eben denkbar und erlebbar. Kultur bedeutet Leben.

Gibt es eine spezifische deutsche Identität in der Kunst, die dazu berechtigt, von Deutschland als einer „Kulturnation“ zu sprechen?

Ob es eine spezifische deutsche Identität vor allem auch in der Kunst gibt, ist eine Frage, die schon viele Menschen sehr lange beschäftigt hat, vor allem auch nachdem diese vermeintliche Identität im Dritten Reich für Propagandazwecke aufs Äu-

berste missbraucht worden ist. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben sich dann viele Kulturschaffende und auch die Kulturpolitik im Rückgriff auf Goethe und Schiller auf das „Gute, Schöne, Wahre“ besonnen. Aber man erkannte auch sehr schnell, dass zur deutschen Identität auch die aktive Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart gehört. Für uns heute würde ich sagen, dass es nicht die eine deutsche Identität gibt, sondern dass eine Vielzahl von einzelnen, ganz unterschiedlichen deutschen Identitäten existiert. Sie sprachen ja explizit die Kunst an: Wenn ich an die so genannte Leipziger Schule rund um Neo Rauch denke, so wird dieser Stil international oft als die aktuelle Identität der deutschen Gegenwartsmalerei beschrieben. Aber das ist eben nur eine Zuschreibung von außen. Die Realität ist doch weitaus vielfältiger. Es gibt nicht die eine deutsche Kunstidentität. Gerade die Kunst ist ja international und ist es auch schon immer gewesen. Aber dennoch würde ich von Deutschland als einer „Kulturturnation“ sprechen wollen. Dass das so ist, sieht man allein schon an der Tatsache, welchen Stellenwert die Kultur in der öffentlichen Förderung einnimmt: Nirgendwo sonst in der Welt gibt es eine derart hohe Dichte an öffentlichen Theatern wie in Deutschland. Zugleich befürworten auch 75% der Bevölkerung die grundsätzliche Ausgabe von öffentlichen Mittel für die Kultur. Kunst und Kultur haben also in unserem Land einen vergleichsweise hohen Stellenwert. Und das ist auch gut so!

In unserem Nachbarland Frankreich gibt es seit 1959 ein Ministerium für Kultur, in den achtziger Jahren erhielt die französische Kulturpolitik unter dem damaligen Staatspräsidenten François Mitterand eine besondere Prägung als Modernisierungsstrategie. Der Etat des Kulturministeriums wurde in diesem Rahmen verdoppelt und ist seither stetig gestiegen. Was kann die Kulturpolitik des Bundes in Anbetracht der Wertschätzung und des Innovationspotentials der eigenen Kultur von den Franzosen lernen?

Deutschland und Frankreich lassen sich im Bereich der Kulturpolitik nur sehr schwer vergleichen. Frankreich ist und war immer ein sehr zentralistischer Staat, Deutschland war immer ein Konglomerat vieler souveräner Klein- und Kleinststaaten. Die deutsche Vielstaaterei wirkt

auch im kulturellen Leben bis heute positiv nach: Jeder Herrscher – und war das Territorium auch noch so klein – hat sich in ganz besonderem Maße auch kulturell dargestellt und neben Schlössern auch Theater und Museen gebaut. Diese Tatsache wirkt sich bis heute in Deutschland in einer einzigartigen Fülle und Vielfalt an Kulturinstitutionen aus. Sie zeigt sich auch darin, dass der Bund lediglich rund zehn Prozent der öffentlichen Kulturausgaben trägt. Neunzig Prozent tragen die Länder und Kommunen.

Die zentralistische Tradition Frankreichs erklärt die Einrichtung eines Ministeriums für Kultur, während es bei uns 16 Kulturministerien gibt. 1998 erfuhr die Bundeskulturpolitik bei uns eine Aufwertung: Zum einen durch die Schaffung des Amtes des Kulturstaatsministers und zum anderen durch die Einführung eines Ausschusses für Kultur und Medien als eigenständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages. Wichtig ist dabei, dass diese Bundeskulturpolitik stets als eine Ergänzung zur Kulturhoheit der Länder zu sehen ist. Aber insbesondere in Hinblick auf eine europäische und internationale Kulturpolitik ist es zugleich unabdinglich, dass es einen eindeutigen deutschen Ansprechpartner für Kulturangelegenheiten gibt. In diesem Punkte sind die Franzosen aufgrund der zentralistischen Struktur besser aufgestellt. Ein klar zu identifizierender und machtvoller Ansprechpartner Deutschlands auf der europäischen Ebene würde auch bei uns einiges einfacher machen und die deutsche Interessenvertretung in Brüssel verbessern. Daher hat die FDP im letzten Bundestagswahlkampf auch für die Einführung einer Bundeszuständigkeit für Kultur mit Kabinettsrang plädiert.

Viele Politiker sprechen sich dafür aus, Kultur als Staatsziel zu etablieren. Was würde der Passus „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ im Grundgesetz tatsächlich an den Rahmenbedingungen für die Förderung von Kunst und Kultur in Deutschland ändern und inwiefern kollidiert „Kultur als Staatsziel“ mit der „Kulturhoheit der Länder“? Die gescheiterte Fusion der Kulturstiftung der Länder mit der Kulturstiftung des Bundes hat zum Beispiel kürzlich gezeigt, dass die Länder nicht bereit sind, dem Bund mehr Kompetenzen einzuräumen.

Wenn man sich die öffentlichen Ausgaben für Kunst und Kultur ansieht, muss man feststellen,

dass trotz der Aufwertung der Kulturpolitik auf Bundesebene und trotz des hohen Stellenwertes, den die Kultur im Allgemeinen in Deutschland besitzt, die Gesamtausgaben für Kunst und Kultur dennoch sinken. Das liegt insbesondere daran, dass in den Ländern und Kommunen die Kultur Ausgaben seit einigen Jahren gekürzt werden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Staatsziel Kultur gerade auf der kommunalen Ebene ein gewichtiges Argument gegen weitere Kürzungen wäre. Daher hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der die Ergänzung des Grundgesetzes um einen Artikel 20 b mit dem Wortlaut „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ fordert. Wir sind uns dabei vollkommen im Klaren, dass das Staatsziel „Kultur“ keinen unmittelbaren oder einklagbaren Anspruch auf eine konkrete Unterstützung des Staates bedeutet. Aber ein Staatsziel „Kultur“ würde Ermessens- und Abwägungsspielräume eröffnen. Das haben uns auch bedeutende Verfassungsrechtler in einer Anhörung in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ bestätigt. Diese Ermessensspielräume, und davon bin ich überzeugt, wären für jeden Kulturverantwortlichen eine große Hilfe, gegen Kürzungen in der Kultur anzugehen. Dabei ist es egal, ob auf Bundes-, Landes oder kommunaler Ebene, da sich eine Kulturstaatszielbestimmung auf alle föderalen Ebenen auswirken würde, also keine Verschiebung der Gewichte untereinander zur Folge hätte. Die Kulturhoheit der Länder wäre also davon unberührt.

„Kultur als Staatsziel würde auf allen föderalen Ebenen Ermessensspielräume eröffnen“

Berlin als gesamtdeutsche Hauptstadt und Regierungssitz genießt ihren besonderen Status als Kulturmetropole mit internationaler Strahlkraft auch im Interesse des Bundes. Vom Land Berlin kommen dann Vorschläge für eine weitere Verantwortungübergabe an den Bund. Unter welchen Voraussetzungen wäre in diesem Kontext z.B. die Übernahme der Staatsoper Unter den Linden als sog. Bundesoper für den Bund denkbar? Was spricht dafür, was dagegen?

Der Bund hat sicherlich ganz grundsätzlich eine Verantwortung für die kulturelle Repräsentation in der Bundeshauptstadt, die sich allein schon

aus dem neu eingefügten Artikel 22 des Grundgesetzes, der Hauptstadtklausel, herleiten lässt. Hinzu kommt die Tatsache, dass Berlin als geteilte Stadt zwei eigenständige Kulturszenen und damit eine besondere Vielfalt an Kultur entwickelt hat. Eine außergewöhnliche Belastung ergibt sich zusätzlich dadurch, dass Berlin einen großen Bestand an historisch höchst bedeutsamen Stätten und Gedenkstätten hat, was mit der Geschichte der beiden deutschen Diktaturen und der deutschen Teilung zusammenhängt. Problematisch an der bisherigen Hauptstadtkulturförderung des Bundes ist, dass sie ohne ein grundlegendes Konzept erfolgt. In den vergangenen Jahren sind je nach Kassenlage Berlins immer wieder Kulturinstitutionen vom Bund übernommen worden, ohne dass sich Bundestag und Bundesregierung grundsätzlich darauf verständigt hätten, was Hauptstadtkultur auszeichnet. Die von Klaus Wowereit in diesem Frühjahr vorgelegte „Wunschliste“ mit Berliner Institutionen, die vom Bund finanziert werden sollten, ist für diese Situation symptomatisch. Statt solcher Wunschlisten brauchen wir eine tragfähige Konzeption, die danach unterscheidet, was Hauptstadtkultur ist und was nicht. Das ist bisher nicht eindeutig geregelt. Wir brauchen daher so schnell wie möglich einen neuen Hauptstadtkulturvertrag in Form eines Staatsvertrages. In diesem Zusammenhang wäre dann auch die Übernahme der Staatsoper Unter den Linden in die Obhut des Bundes denkbar – wenn im Gegenzug der Bund bisher von ihm finanzierte, aber nicht zwingend in seinen Kompetenzbereich fallende Institutionen in die Obhut des Landes Berlin gibt.

In dem Leitantrag „Kultur braucht Freiheit“, den die FDP auf ihrem diesjährigen Parteitag verabschiedet hat, wird auch für die Einrichtung eines Querschnittsreferats „Kulturwirtschaft“ auf Bundesebene plädiert. Was wären die Aufgaben eines solchen Referats?

Im Moment zeigt sich ja, dass es innerhalb der Bundesressorts keine eindeutige Zuständigkeit für die Kulturwirtschaft gibt. Angesichts des enormen Potentials dieser Branche – die Kulturwirtschaft schafft in Deutschland mehr Arbeitsplätze als die Automobilindustrie – ist dies fahrlässig. In einem Querschnittsreferat „Kulturwirtschaft“ könnten die Kompetenzen aus Kultur- und Wirtschaftspolitik sinnvoll gebündelt werden. Aber zu den konkreten Aufgaben: Als Erstes müsste ein derar-

tiges Referat die längst überfällige Erstellung eines bundeseinheitlichen Kulturwirtschaftsberichts in die Wege leiten. Ein solcher regelmäßiger Bericht würde dazu beitragen, weitere essentielle Erkenntnisse über diesen Wirtschaftssektor zu gewinnen und darauf aufbauend Handlungs- und Verbesserungspotential aufzuzeigen. Ein Querschnittsreferat für Kulturwirtschaft hätte aber auch die Aufgabe, beispielsweise die Einführung von innovativen Finanzierungsinstrumenten zu initiieren. Diese Finanzierungsinstrumente müssten sich dabei der Tatsache annehmen, dass Projekte der Kultur- und Kreativwirtschaft zwar vielfach keine materielle, sehr wohl aber eine immaterielle Kapitalausstattung vorweisen können. Sogenannte „Mini-Kredite“ oder Venture Capital Fonds nach englischem Vorbild könnten hierfür sinnvolle Lösungsansätze sein. Durch sie könnten insbesondere die vielen kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Bereich unterstützt werden. Das sind nur zwei Beispiele für einen sicherlich reichhaltigen Aufgabenkatalog.

Mit den europäischen Filmpreisen für deutsche Filme wie „Gegen die Wand“ und „Das Leben der Anderen“, der dazu noch einen Oscar gewonnen hat, wird die deutsche Filmkultur im Ausland verstärkt wahrgenommen. Dennoch dominieren hierzulande US-amerikanische Filme die Kinokassen. Besonders in Kleinstädten sind viele deutsche Filmproduktionen gar nicht zu sehen und einheimische Filmschaffende einem breiteren Publikum kaum bekannt. Gehört eine filmästhetische Ausbildung nicht auch in den Lehrplan allgemeinbildender Schulen besonders vor dem Hintergrund einer verstärkten kulturellen Bildung der Bürger in Deutschland?

Zunächst ist das natürlich eine bildungspolitische Aufgabe. Die Auseinandersetzung mit dem Medium Film ist bereits ein Bestandteil von vielen Lehrplänen. Und natürlich bedeutet „Auseinandersetzung“ dann auch mehr als nur das bloße Zeigen von Filmen. Hierfür müssen aber auch die Lehrerinnen und Lehrer entsprechend aus- und weitergebildet werden. Ein gutes Beispiel dafür ist der Film „Kubrick, Nixon und der Mann im Mond“ von William Karel. Dabei handelt es sich um eine fiktive Dokumentation, die behauptet, die Mondlandung sei in einem Studio gedreht worden. Doch darum geht es im Kern nicht, sondern darum zu zeigen, dass das Medium Film

durch geschickte Montage lügen kann. Film muss unbedingt ein Bestandteil von schulischer Bildung sein, aber wir müssen auch unsere Lehrkräfte auf diese Aufgabe vorbereiten! Und sie sprachen dieses ja auch insbesondere im Kontext der kulturellen Bildung an: Tatsache ist, dass derzeit in den Schulen der Kunst- und Musikunterricht als Erstes ausfällt. Eine Entwicklung, zu der sicherlich auch die recht einseitigen PISA-Studien beigetragen haben. Dabei sind die positiven Wirkungen von kultureller Bildung hinlänglich bekannt. Die aktive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur schafft Identität, weckt Kreativität und wirkt sich zudem positiv auf Gruppenprozesse und das gemeinschaftliche Zusammenleben aus, um nur einige Punkte zu nennen. Deshalb muss kulturelle Bildung ein integrativer Bestandteil des Schulunterrichts sein. Wir können dieses Potential nicht davon abhängig machen, ob Kultur im Elternhaus vorgelebt wird oder nicht.

„Kulturelle Bildung muss ein integrativer Bestandteil des Schulunterrichts sein.“

Kulturpolitik steht auch im Zeichen der Globalisierung, wie zum Beispiel der Streit um den Bau der Waldschlösschenbrücke im Dresdner Elbtal gezeigt hat. Welchen Einfluss haben völkerrechtliche Konventionen wie das UNESCO-Welterbeabkommen und Richtlinien und Verordnungen aus Brüssel auf die Kulturpolitik des Bundes und wie soll in Zukunft damit umgegangen werden?

Der Streit um die Waldschlösschenbrücke ist ein gutes Beispiel. Unabhängig davon, welche Position man in dieser Debatte vertritt, hat sie uns eines gezeigt: Nämlich, dass wir uns gerade diesen Fragen, die Sie ansprechen, stellen müssen. Wie wollen wir in Deutschland mit den Vorgaben der UNESCO umgehen? So ist die genaue Verbindlichkeit der Welterbekonvention für die Kommunen vor Ort noch immer ungeklärt. Dabei wäre zum Beispiel zu fragen, ob es möglich sein sollte, dass eine supranationale Organisation wie die UNESCO den Bau einer Brücke theoretisch verhindern kann, obwohl sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mehrheitlich für diesen Bau ausgesprochen haben? Oder andersherum: Kann ein einfacher Bürgerentscheid die Welterbekonvention aushebeln, ohne dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Konsequenz explizit bewusst

waren? Um diese und ähnliche Fragen zu klären, wäre es meiner Meinung nach an der Zeit, über die genauen Details eines nationalen Ausführungsgesetzes zu den Weltkulturerbestimmungen der UNESCO nachzudenken, damit Rechtssicherheit für die handelnden Akteure – nicht nur in Dresden, sondern in ganz Deutschland – geschaffen wird. Bei Brüssel ist die Sache ein wenig anders gelagert. Hier kommt vor allem der Punkt, den ich vorhin schon erwähnt habe, ins Spiel, nämlich derjenige der deutschen Repräsentanz. Die Europäische Kommission hat unlängst einen Aktionsplan Kultur aufgesetzt, der in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten weiter ausgearbeitet werden soll. Jetzt hat sich Bayern im Bundesrat mit einem Antrag durchgesetzt, dass die Bundesländer einen deutschen Verhandlungsführer stellen. Aber ist dieser nun repräsentativer als der Kulturstaatsminister? Und wen nehmen wir da, einen Bayern? Oder jemanden aus Bremen? Also auch wir Deutschen müssen unsere Hausaufgaben noch machen.

[In der auswärtigen Kulturpolitik nimmt die „Deutsche Welle“ eine besondere Stellung ein. Sie ist unter anderem der erste europäische Sender, der TV-Nachrichten mit arabischen Moderatoren in arabischer Sprache sendet. Wie schätzen Sie die Einflussnahme der Programmarbeit des deutschen Auslandsfernsehens auf die Meinungsbildung in islamisch geprägten Staaten wie Algerien und Afghanistan ein? Inwiefern kann sich Deutschland, mit Blick auf seine Vergangenheit, in der arabischen Welt als „Land der Aufklärung“ positionieren?](#)

Man darf die Wirkung der Auswärtigen Kulturpolitik und in dem Zusammenhang auch der „Deutschen Welle“ nicht über- aber auch nicht unterschätzen. Mit Sicherheit ist es eine gute Sache, wenn man mit dem arabischsprachigen Angebot eine weitere, andere Stimme innerhalb der islamischen Nachrichtenwelt schafft und somit zu einer Pluralisierung der Meinungen beiträgt. Zugleich muss man natürlich aufpassen, dass man damit nicht den Eindruck eines neuen Kulturimperialismus erzeugt. Das wäre sicherlich das falsche Signal. Deshalb ist die deutsche Auswärtige Kulturpolitik, gerade auch im Gegensatz zum bereits vorhin genannten Beispiel Frankreich, von einer dezentralen Struktur geprägt. So delegiert das Auswärtige Amt die Ausführung der Auswärtigen Kulturpolitik an eine Vielzahl von Mittlerorgani-

sationen. Das macht das Ganze sicherlich nicht einfacher, trägt aber der deutschen Geschichte und Erfahrung Rechnung. Und da bin ich dann auch bei dem zweiten Punkt, den Sie ansprechen: Gerade durch die Erfahrung Deutschlands mit zwei Diktaturen und dem Erfolg der Demokratie im 20. Jahrhundert hat Deutschland vielleicht die Chance aufgrund dieser Erfahrungen als glaubwürdiger Vermittler aufzutreten.

[Kehren wir zurück in die deutsche Kulturlandschaft. Die geplante Reform des Gemeinnützigkeitsrechts soll die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die gesellschaftliche Weiterentwicklung hervorheben. Wieviel Verantwortung hat in einer liberalen Bürgergesellschaft der Einzelne für die Kultur?](#)

Die Bürgergesellschaft steht ja im Zentrum der liberalen Programmatik. In der Kulturpolitik müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Zivilgesellschaft noch stärker als gleichberechtigte dritte Säule neben dem Staat und der Wirtschaft etabliert wird. Kultur lebt vom Mitmachen, vom eigenen Engagement. Kultur, die einem vom Staat vorgesetzt wird, ist sicherlich nicht sehr erquicklich. Ebenso wenig wie diejenige, die einem von der Wirtschaft verkauft wird. Denn in beiden Fällen wäre sie fremdbestimmt und zweckgebunden. Kultur ist jedoch unabhängig, sie ist frei. Deshalb ist das Engagement der Zivilgesellschaft auch so wichtig. Nur wenn die Zivilgesellschaft die Kulturlandschaft mitgestaltet, bekommt die Gesellschaft auch die Kulturszene, die sie haben möchte. Das ist der größere Kontext. Man muss aber nicht gleich Mäzen werden oder ein Museum gründen. Auch der Einzelne in der Bürgergesellschaft trifft durch sein eigenes Verhalten Entscheidungen, wie die Kulturszene aussieht. Das beginnt schon beim Kino, von dem ja vorhin schon die Rede war: Schau ich mir im Kino nun die Hollywood-Produktion an oder die etwas sensiblere unabhängige Produktion abseits des Mainstream? Beides hat seine Berechtigung und seinen Sinn, aber darüber treffen Sie auch Entscheidungen, wie Kunst und Kultur bei uns ganz konkret aussehen. Und wie bei so manchen anderen Dingen, weiss man gerade auch bei Kunst und Kultur erst, was man an ihr hatte, wenn sie nicht mehr da ist. Die Verantwortung für Kunst und Kultur trägt daher in der Tat jeder Einzelne. Deshalb ist im FDP-Leitantrag auch das Postulat „Kultur von allen“ aufgestellt.

„Die Verantwortung für Kunst und Kultur trägt in einer Bürgergesellschaft jeder Einzelne.“

Welche Rolle kann dabei das kürzlich ins Leben gerufene „Liberale Kulturforum“ übernehmen?

Das Liberale Kulturforum wurde ins Leben gerufen, um in einen Dialog mit den Kulturschaffenden und Kulturverantwortlichen zu treten. Denn die wissen ja, egal ob Sie nun aus einem zivilgesellschaftlichen, öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Kunst- oder Kulturkontext stammen, am Besten, wo die tagtäglichen Probleme liegen. Manchmal ist es ja leider so, dass die Politik völlig an der Realität vorbei plant und die naheliegende Lösung gar nicht sieht. Deshalb ist es für uns als FDP wichtig, mit denjenigen, die Kultur machen und ermöglichen, ins Gespräch zu kommen. Zusammen wollen wir neue Ideen entwickeln, wie wir die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur bestmöglich gestalten können. Und das können dann Dinge sein, die insbesondere die Rahmenbedingungen für das zivilgesellschaftliche Engagement verbessern, aber auch Überlegungen, die die staatlichen Einrichtungen betreffen.

Glaubt man der Kulturkampagne der FDP, so soll „Joghurt als Staatsziel“ im Grundgesetz verankert werden. Schließlich steckt da auch Kultur drin. Liegt in einem zu weit gefassten Kulturbegriff nicht die Gefahr, dass es dem kulturpolitischen Programm der FDP in der öffentlichen Wahrnehmung an Nachhaltigkeit mangelt?

Ich denke, das „Joghurt-Plakat“ wollte nur deutlich machen, wie weit der Begriff „Kultur“ reicht. Im Übrigen bezieht sich „Kultur“ in diesem Zusammenhang auch indirekt auf seine Wurzeln, dem lateinischen Wort „cultura“, was zunächst soviel wie „Ackerbau“ bedeutet. Die Kulturkampagne der FDP soll möglichst viele Menschen ansprechen und mit den gewählten Motiven durchaus auch ein wenig polarisieren. Denn das drückt das Motiv ja aus, dass man vielleicht mal wieder diskutieren sollte, wie weit unser Begriff von Kultur reicht oder reichen sollte. Wie Ihre Frage zeigt, hat es dieses Ziel offensichtlich erreicht.

„Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit“ sagte einst Friedrich Schiller. Was geben Sie in diesem Sinne unseren kulturinteressierten *freiraum*-Lesern mit auf den Weg?

Ich formuliere es einmal so: Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit, aber auch die Freiheit ist eine Tochter der Kunst. Erst durch die Freiheit wird Kunst möglich, aber auch die Kunst selbst trägt zum Erhalt der Freiheit bei. Die Berücksichtigung dieser Dualität ist es, die darüber entscheidet, wie lebenswert eine Gesellschaft ist und wie lebenswert sie in Zukunft auch bleiben wird!

Herr Otto, wir danken Ihnen für das Interview.

Die Fragen stellten Wolfgang J. Fischer und Sophie Rudolph.

